

KLIMA KOMPAKT



EU-Kommission schlägt Bildung einer „Globalen Allianz zum Klimaschutz“ vor

Ein zentrales Element des auswärtigen Handelns der EU

WBGU-Gutachten zeigt Konfliktkonstellationen durch Klimawandel auf

Beschleunigter Klimawandel als Sicherheitsrisiko für Afrika

Studie der Entwicklungsorganisation Oxfam

„Anpassungsfinanzierung durch Industrieländer als Kompensation, nicht Entwicklungshilfe“

Die Prophezeiung Klima-Katastrophe zerstören

Klimawandel war gestern. Inzwischen müssen wir wohl eher von einer Klima-Destabilisierung sprechen. Sie destabilisiert in wachsendem Maße Gesellschaften. Dies gilt insbesondere für unseren besonders verletzlichen Nachbarkontinent Afrika. Entwicklung ohne Anpassung an die Folgen dieser Klima-Destabilisierung hat für viele Regionen dort keine Zukunft mehr. Ein Quantensprung in der Anpassung ist notwendig. Der Nachbar EU sollte dies deutlich mehr als bisher unterstützen. Die Welt befindet sich derzeit auf einem Emissionspfad oberhalb der höchsten IPCC-Szenarien, die noch nicht einmal alle Rückkopplungen berücksichtigen. Wir bewegen uns auf ein Klima zu, das es seit Menschengedenken noch nicht gegeben hat. Angesichts der immer größeren uns bekannten Risiken müssen wir alles daran setzen, solche Katastrophen-Prophezeiung zu zerstören, - nicht durch Schönreden, sondern durch Handeln. Ich möchte meinem vor einem Jahr geborenen Sohn auch noch 2050 in die Augen schauen und sagen können. „Es war zwar verdammt knapp, aber unserer Generation ist es gelungen, die schlimmsten Risiken des Klimawandels abzuwenden.“

Sven Harmeling

EU-Kommission schlägt Bildung einer „Globalen Allianz zum Klimaschutz“ vor

Ein zentrales Element des auswärtigen Handelns der EU

In ihrer am 18. September beschlossenen Mitteilung schlägt die EU-Kommission eine intensivierte Zusammenarbeit mit den vom Klimawandel besonders betroffenen Entwicklungsländern vor, eine „Global Climate Change Alliance“. Dieser Vorschlag wird nun bei den Europäischen Entwicklungstagen vom 7.-9.11. in Lissabon erstmals intensiver mit den Entwicklungsländern diskutiert.

Germanwatch dokumentiert Auszüge aus der Pressemitteilung der EU-Kommission.

„Die Europäische Kommission schlägt vor, eine neue Allianz für den Klimaschutz zwischen der Europäischen Union und den armen Entwicklungsländern (...) ins Leben zu rufen. Im Rahmen dieser Globalen Allianz für den Klimaschutz (Global Climate Change Alliance - GCCA) werden die EU und die betreffenden Entwicklungsländer bei der Einbeziehung des Klimaschutzes in die nationalen Armutsminderungsstrategien zusammenarbeiten. (...)

Die Mitteilung, vorgestellt von Louis Michel, Mitglied der Kommission zuständig für Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe, gemeinsam mit Stavros Dimas, Mitglied der Kommission zuständig für Umwelt, und mit Benita Ferrero-Waldner, Mitglied der Kommission zuständig für Außenbeziehungen, sieht eine breite Maßnahmenpalette von Dialog und Austausch bis hin zu praktischer Zusammenarbeit zwischen der EU und den Entwicklungsländern vor. (...)

Indem [die EU] die Länder einbezieht, die am wenigsten zur Erderwärmung beitragen, aber am stärksten davon betroffen sind, wird die Globale Allianz für den Klimaschutz ein zentrales Element des auswärtigen Han-

delns der EU bei der Bekämpfung des Klimawandels bilden.

Die Unterstützung im Rahmen der Globalen Allianz soll auf fünf Schwerpunktbereiche ausgerichtet werden:

Durchführung konkreter Anpassungsmaßnahmen,

Reduzierung der durch Entwaldung verursachten Emissionen,

Unterstützung der armen Länder bei der Ausnutzung der Vorteile des globalen Kohlenstoffmarkts,

Unterstützung der armen Länder bei der besseren Vorbereitung auf Naturkatastrophen sowie

Einbeziehung des Klimaschutzes in die Entwicklungszusammenarbeit und die Armutsminderungsstrategien. Da sich der Klimawandel auf viele Sektoren auswirkt, müssen Klimaschutzmaßnahmen in die Armutsminderung einbezogen werden, um eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten. Dazu sind eine systematische Bewertung des Klimarisikos und die feste Verankerung des Klimaschutzes in die Entwicklungsstrategien und -programme („Klimasicherung“) unverzichtbar.

Zur Finanzierung der GCCA hat die Kommission bereits eine Mittelzuweisung in Höhe von 50 Mio. € für den Zeitraum 2008-10 vorgesehen. Doch um dem tatsächlichen Bedarf zu entsprechen, sind wesentlich mehr Mittel erforderlich. Daher wird an die EU-Mitgliedstaaten appelliert, in den kommenden Jahren einen Teil der bereits zugesagten Aufstockung ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe für Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen des Klimawandels in den am stärksten gefährdeten Ländern bereitzustellen. (...)

Quelle:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1352&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

WBGU-Gutachten zeigt Konfliktkonstellationen durch Klimawandel auf

Beschleunigter Klimawandel als Sicherheitsrisiko für Afrika

Das Gutachten „Sicherheitsrisiko Klimawandel“ des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung (WBGU) sieht große Teile Afrikas als regionalen Brennpunkt eines klimabedingt ansteigenden Sicherheitsrisikos. Gleichzeitig deutet eine neue Studie darauf hin, dass sich die Welt derzeit auf einem Emissionspfad oberhalb der höchsten IPCC-Szenarien befindet.

Germanwatch bringt Auszüge aus dem Gutachten des WBGU (ergänzt durch eine Grafik aus einer neuen Studie zur Emissionsentwicklung und einen Textkasten mit Auszügen aus dem jüngsten IPCC-Bericht).

„Die gesellschaftlichen Folgen des Klimawandels werden in den Weltregionen unterschiedlich ausfallen. [...] Nordafrika: Politisches Krisenpotenzial und Migrationsdruck steigen durch das Zusammenwirken von zunehmenden Dürren und Wasserknappheit bei ho-

hem Bevölkerungswachstum, Schwächung landwirtschaftlicher Potenziale und geringen politischen Problemlösungskapazitäten. Das bevölkerungsreiche Nildelta wird durch Meeresspiegelanstieg und Versalzung landwirtschaftlicher Gebiete bedroht.

Sahelzone: Klimawandel verursacht zusätzlichen Umweltstress und Gesellschaftskrisen (z.B. Dürren, Ernteausfälle, Trinkwasserknappheit) in einer schon heute durch schwache Staaten (z.B. Somalia, Tschad), Bürgerkriege (z.B. Sudan, Niger) und große Flüchtlingsströme (Sudan: über 690.000 Menschen; Somalia: über 390.000 Menschen) charakterisierten Region.

Südliches Afrika: Klimawandel könnte die wirtschaftlichen Potenziale dieser Region, deren Länder fast alle zu den ärmsten Gesellschaften der Welt gehören, weiter schwächen, die Bedingungen für menschliche Sicherheit verschlechtern und die Leistungsfähigkeit der Staaten überfordern. [...]

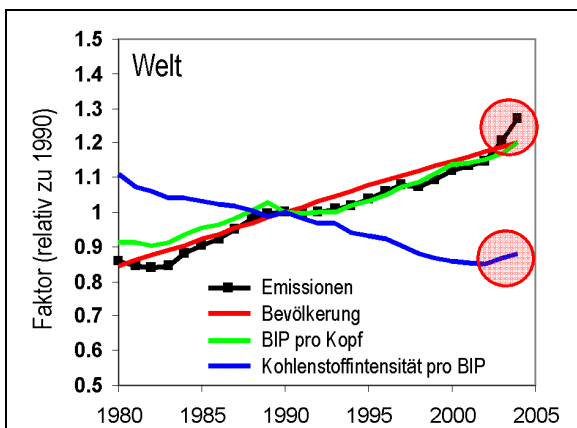
Noch steht die Übersetzung des Klimawandels in Konfliktkonstellationen und gesellschaftliche Krisen ganz am Anfang. Die bisherige globale Temperaturerhöhung beträgt ca. 0,8 °C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau. Ohne verstärkten Klimaschutz muss bis Ende des 21. Jahrhunderts mit einer globalen Temperaturerhöhung zwischen 2 und 7 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau gerechnet werden, abhängig von der Menge an emittierten Treibhausgasen und den Unsicherheiten im Klimasystem. Aus Sicht des WBGU wird Klimapolitik damit zu präventiver Sicherheitspolitik, denn wenn durch eine erfolgreiche Klimapolitik der globale Temperaturanstieg auf weniger als 2 °C über

dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden kann, würde eine klimainduzierte Gefährdung der internationalen Sicherheit wahrscheinlich abgewendet.

Kernaussagen des IPCC zu Klimaauswirkungen auf Afrika

- Menschen, die aufgrund der Klimaänderung unter zunehmender Wasserknappheit leiden: 75 bis 250 Mio. bis 2020, 350 bis 600 Mio. bis 2050
- Verringerung der Erträge aus der vom Regen abhängigen Landwirtschaft in einigen Ländern: bis zu 50% bis 2020 und bis zu 90% bis 2100
- Kosten für Maßnahmen zur Anpassung an den Meeresspiegelanstieg im Küstenbereich: mind. 5 bis 10% des BIP

Quelle: IPCC-Sachstandsbericht 2007 (Arbeitsgruppe II)



Studie des Global Carbon Project zeigt jüngste Emissionstrends

Das Wachstum der menschengemachten CO₂-Emissionen hat sich in den letzten Jahren beschleunigt - sie wachsen jetzt sogar schneller als Bevölkerung und Wirtschaft. Seit hundert Jahren gab es das nicht mehr: Die Emissionen nehmen pro Einheit Bruttoinlandsprodukt im weltweiten Durchschnitt zu.

Datenquelle: Raupach et al. (2007), PNAS www.pnas.org/cgi/reprint/104/24/10288

Dagegen erwartet der WBGU im Fall des Scheiterns der Klimaschutzbemühungen etwa ab 2025–2040 klimainduzierte Sicherheitsrisiken in den Weltregionen. Die besondere Herausforderung besteht darin, dass die Klimapolitik bereits in den nächsten 10–15 Jahren entschieden handeln muss, um sozio-ökonomische Verwerfungen und Folgen für die internationale Sicherheit zu vermeiden, die in den dann kommenden Jahrzehnten an Schärfe gewinnen würden.

[...] Deutschland und die EU sollten wesentlich stärker als bisher in eine kohärente und zukunftsgerichtete gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik investieren und nationale Egoismen zurückstellen.“

Quelle: WBGU 2007: Sicherheitsrisiko Klimawandel. Zusammenfassung für Entscheidungsträger. www.wbgu.de/wbgu_jg2007_kurz.html

Studie der Entwicklungsorganisation Oxfam

„Anpassungsfinanzierung durch Industrieländer als Kompensation, nicht Entwicklungshilfe“

Die britische Entwicklungsorganisation Oxfam hat vor kurzem eine Abschätzung über die Kosten der Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern vorgelegt. Oxfam geht von einem Betrag von mindestens 50 Mrd. US-Dollar pro Jahr aus und schlägt ein Modell zur Verteilung der Kosten auf die Industrieländer vor.

Germanwatch dokumentiert Auszüge aus der Studie „Anpassung an den Klimawandel: Was brauchen arme Länder, und wer soll zahlen?“

„(...) Gerechterweise sollten die Länder, die sowohl den exzessiven Emissionsausstoß zu verantworten haben als auch aufgrund ihrer Finanzkraft in der Lage sind, Hilfe zu leisten, die Anpassungskosten in den Entwicklungsländern tragen. Der neue, von Oxfam entwickelte „Adaptation Financing Index“ (...) gibt Aufschluss darüber, wie eine faire Aufteilung der Kosten von Anpassungsmaßnahmen aussehen könnte. Demnach wären die USA für mehr als 40% des jährlich benötigten Betrags verantwortlich, die Europäische Union für mehr als 30% und Japan für mehr als 10%. Innerhalb der Europäischen Union sollten Deutschland, Großbritannien, Italien, Frankreich und Spanien als Hauptemittenten von CO₂ die fünf größten Geldgeber sein. (...) Die Finanzierung allein der dringends-

ten und notwendigsten Anpassungsmaßnahmen in den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) wird voraussichtlich 1 bis 2 Mrd. US-Dollar kosten. Noch aber scheint Geberländern und -institutionen die Dringlichkeit der Aufgabe nicht bewusst zu sein: Bislang haben sie lediglich 48 Mio. US-Dollar an den für die LDCs eingerichteten Fonds gezahlt – das sind weniger als 5% der erforderlichen Gelder.

Die Länder, die Oxfams Index zur Finanzierung der Anpassungskosten anführen (d.h. die USA, die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, Japan, Kanada und Australien), sollten den Entwicklungsländern umgehend mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Entsprechend ihres Anteils an den weltweiten CO₂-Emissionen und damit ihrer Verantwortung für die Ursachen des Klimawandels sowie ihrer Finanzkraft sollten sie planen, wie die erforderlichen Gelder (...) aufgebracht werden können. Zusätzliche Mittel für die Anpassung dürfen nicht zu Lasten bereits zugesagter Entwicklungshilfe gehen, denn diese Gelder werden für die weltweite Armutsbekämpfung und die Entwicklung armer Länder dringend gebraucht. Geberländer und -institutionen müssen ihre Zusage erfüllen, 0,7% des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Die Finanzierung

von Anpassungsmaßnahmen darf jedoch nicht als Entwicklungshilfe ausgewiesen oder von Entwicklungshilfezusagen abgezogen werden. (...) Entsprechend dem Verursacherprinzip sind diese Mittel als Ausgleichszahlungen von Ländern mit hohen Emissionen an solche, die wenig emittieren, aber am stärksten unter den Folgen des Klimawandels leiden, zu betrachten. (...) Es gibt viele innovative Mechanismen, um diese Gelder zusätzlich zur Entwicklungshilfe aufzubringen. Diese Optionen sollten in vollem Umfang geprüft werden. Genauere Schätzungen zu den aus dem Klimawandel resultierenden Anpassungskosten werden dringend benötigt. Dafür ist eine Initiative erforderlich, die dem sog. Stern-Report der britischen Regierung über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels gleichkommt. (...) Entwicklungsländer würden somit über eine solidere Grundlage für die Integration von Adaptionsmaßnahmen in nationale Entwicklungspläne und -budgets verfügen. Andererseits hätten die reichen, viel emittierenden Länder eine klarere Vorstellung von den finanziellen Mitteln, die sie bereitstellen müssen.“

Quelle: www.oxfam.de/download/Anpassung_an_den_klimawandel.pdf

Engl. Langfassung: www.oxfam.org/en/files/bp104_climate_change_0705.pdf/download

Redaktion

Sven Harmeling (V.i.S.d.P.), Christoph Bals, Manfred Treber, Gerold Kier

Herausgeber

Germanwatch e.V.

Büro Bonn · Kaiserstr. 201 · D-53113 Bonn
Tel.: 0228 / 60 49 2-0, Fax -19
E-mail: info@germanwatch.org

Büro Berlin · Voßstraße 1 · D-10117 Berlin
Tel. 030 / 28 88 356-0, Fax -1
E-mail: info@germanwatch.org

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft AG,
BLZ 100 205 00, Konto Nr. 32 123 00

KlimaKompakt-Download und E-Mail-Abo:
www.germanwatch.org/kliko

Gefördert vom
Bundesministerium für
wirtschaftliche
Zusammenarbeit und
Entwicklung



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung